

FRITZ CSOKLICH

Kirchliches Zeitgeschehen

Zwischen „Tigerfell“ und internen Querelen

In den Gebieten des ehemaligen Jugoslawien sind es nicht nur Menschen verschiedenster Nationalität, sondern auch Christen verschiedenster Konfession, die unter die Räder des nun schon mehr als vier Jahre andauernden Krieges geraten. Weder den zuständigen Instanzen auf nationaler und internationaler Ebene noch den christlichen Kirchen ist es bisher gelungen, diesem mörderischen Krieg Einhalt zu gebieten.

Die Auswirkungen des Krieges suchen daher immer weitere Regionen des ehemals jugoslawischen Territoriums heim. Im Sommer löste die Wiedereroberung der Krajina durch die kroatische Armee eine Massenflucht serbischer Bewohner nach Bosnien und Serbien aus, die ihrerseits zur Vertreibung weiterer Katholiken aus dem serbisch besetzten Teil Bosniens führte. Der katholische Bischof von Banja Luka, Franjo Komarica, machte wiederholt die Weltöffentlichkeit auf diese Vorgänge aufmerksam und ersuchte um Hilfe, andererseits rief er die Katholiken in seiner Diözese auf, mit den verbliebenen Mitteln den serbischen Flüchtlingen zu helfen.

Die westlichen Staaten sehen kaum wirksame Möglichkeiten, diese verhängnisvollen Entwicklungen zu stoppen, die de facto zu einem permanenten, großflächigen Bevölkerungsaustausch und zum allmählichen Ende der einstmals üblichen ethnischen Durchmischung nach dem Muster eines „Tigerfells“ in Bosnien und in der Krajina führen. Was bleibt, ist die hu-

manitäre Hilfe für die schwer geprüfte Zivilbevölkerung. Dabei hat sich die österreichische Caritas besonders hervor getan, die in vorbildlicher Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz, dem ORF und mit führenden Zeitungen in Österreich die vorbildliche Aktion „Nachbar in Not“ betreut. Die Aktion hat insgesamt bereits mehr als 900 Millionen Schilling aufgebracht, ein bisher noch nie dagewesenes Rekordergebnis. Die lange Dauer des Krieges führte allerdings in den ersten Monaten des Jahres 1995 zu deutlichen Rückgängen im Sammelergebnis. Die Kampfhandlungen in der Krajina wurden im Sommer zum Anlaß einer neu gestalteten Präsentation der Aktion genommen, die binnen kurzem zu einem durchschlagenden Erfolg führte: Innerhalb weniger Tage konnten aufs neue 30 Millionen Schilling aufgebracht werden, das war mehr als alle Spendeneinnahmen im ersten Halbjahr 1995.

Die in Aussicht gestellte Verdoppelung der im August eingelangten Spendeneingänge von „Nachbar in Not“ durch die Bundesregierung trug zweifellos wesentlich zu dieser erfolgreichen Wiederbelebung der Sammelaktion bei. Prompt kritisierte der freiheitliche Parteiobmann Jörg Haider den Einsatz von Steuergeldern. Caritas-Präsident Helmut Schüller, der sich immer deutlicher als glaubwürdige und im Bedarfsfall auch kämpferische Stimme der katholischen Kirche in Österreich profiliert, wies diese Kritik mit Entschiedenheit zurück. Das passe doch nicht zusammen, stellte Schüller fest:

Einerseits wolle man einen weiteren Zustrom von Flüchtlingen nach Österreich unmöglich machen, auf der anderen Seite werde nun die finanzielle Hilfe für eine Versorgung der Kriegsoffer kritisiert. Schüller hat in diesem Punkt wieder einmal die richtigen Worte zur richtigen Zeit gefunden.

Eine andere, noch überraschendere Wortmeldung zum Krieg im ehemaligen Jugoslawien kam vom Wiener Alterzbischof, Kardinal Franz König. In einem Interview aus Anlaß seines 90. Geburtstages erklärte sich der Kardinal bereit, als Vermittler im Bosnien-Konflikt tätig zu werden, falls dies gewünscht werde. Der Kardinal sagte, obwohl Kroaten und Serben dieselbe Sprache sprechen und „praktisch denselben christlichen Glauben“ haben, seien sie durch eine nicht bewältigte Vergangenheit in einen unlösbar scheinenden Konflikt geraten. Entgegen manchen bagatellisierenden Aussagen zu diesem Thema ortete Kardinal König auch Ursachen im Glauben für diese Feindseligkeiten. Denn das Christentum der Serben sei aus Byzanz gekommen, jenes der Kroaten aus Rom: „Diese Verschiedenheit der religiösen Lebensformen hat zu nicht aufgearbeiteten nationalen Gegensätzen und Spannungen geführt.“

*

Der außerordentliche Erfolg des Kirchenvolks-Begehrens hat nicht nur in Österreich, sondern auch in den Nachbarländern große Aufmerksamkeit gefunden. Die Idee des Kirchenvolks-Begehrens und seine Umsetzung wird vor allem in Deutschland mit Interesse studiert und diskutiert. Da und dort gibt es Überlegungen und auch Vorschläge, eine ähnliche Aktion in Deutschland durchzuführen.

In Österreich stellt sich seit dem Sommer immer drängender die Frage, was nun die Konsequenzen des Kirchenvolks-Begehrens sein sollen. Die Katholische Aktion Österreichs hat mittlerweile einen österreichweiten kirchlichen Gesprächsvorgang verlangt, doch ist ungewiß, in welcher Form und in welchem Rahmen ein derartiger Vorgang stattfinden kann und soll.

Da das neue Kirchenrecht den Ausdruck „Partikularkonzilien“ eingeführt hat, stellt sich die Frage, ob mit Hilfe dieses Instruments ein Gesprächsvorgang in Österreich bewältigt werden könnte. Schon eine kurze Prüfung des Sachverhalts zeigt aber, daß das Kirchenrecht lediglich Bischöfe als Teilnehmer mit beschließender Stimme anerkennt, allen anderen Teilnehmern wird nur das beratende Stimmrecht zuerkannt. Außerdem darf die Zahl von einfachen Priestern und „anderen Gläubigen“ bei derartigen Partikularkonzilien nicht mehr als 50 Prozent aller Teilnehmer betragen. Alle Konzilsakten sind dem Heiligen Stuhl einzusenden, dieser muß alle Beschlüsse und Dekrete bestätigen. Damit scheidet diese Variante wohl aus. Ähnlich einschränkende Bestimmungen gab es schon bisher für Nationalsynoden. Daher einigte man sich zu Beginn der siebziger Jahre auf einen „Österreichischen Synodalen Vorgang“ (ÖSV), der größeren Bewegungsspielraum zu bieten schien. Tatsächlich waren die Beratungen des ÖSV offen und freimütig. Eine herbe Enttäuschung gab es allerdings, als eine ganze Reihe wichtiger Beschlüsse dieses „Synodalen Vorganges“ von den Bischöfen nicht bestätigt wurde. Eine ähnliche Frustration kann man sich unter den gegebenen Umständen gewiß nicht noch einmal leisten, weil jetzt ein offener Aufbruch die Folge sein könnte.

Aus diesem Grund überlegte man in den vergangenen Wochen Möglichkeiten, einen kirchlichen Gesprächsvorgang außerhalb der üblichen und vorgegebenen Rahmenbedingungen durchzuführen. Damit wären schon bei der Zusammensetzung des Kreises der Gesprächsteilnehmer weitaus unkonventionellere Möglichkeiten gegeben. Andererseits stellt sich naturgemäß die Frage, wie verbindlich die Beschlüsse eines derartigen Gremiums sein können, und eine solche Frage bringt wenig befriedigende Antworten. In diesem Dilemma haben sich schon mehrere Bischöfe dafür ausgesprochen, sich auf Gesprächsvorgänge in den Diözesen zu konzentrieren. Auf diese Weise wäre aber jede gesamtösterreichische

Gesprächsebene von vornherein ausgeschaltet. Ein wichtiges Ziel des Kirchenvolks-Begehrens wäre damit mißachtet. Darüber hinaus käme man angesichts der beträchtlichen Verschiedenheit in den Positionen der einzelnen Diözesanbischöfe in Österreich zu völlig auseinandergehenden Beschlüssen, die in Zukunft jede gesamtösterreichische Zusammenarbeit unmöglich machen könnten. Eine Spaltung Österreichs in Reform-Diözesen und Status-quo-Diözesen könnte auf diese Weise festgeschrieben werden.

Bis zum Herbst soll die Pastorkommission Österreichs einen brauchbaren Vorschlag zu diesem heiklen Problemkreis vorlegen. Überraschungen sind dabei nicht auszuschließen.